

Gesendet: Mittwoch, 10. Oktober 2018 15:09
An: kontakt@frauenrechteffm.de
Betreff: AW: Fragen zur Landtagswahl

Sehr geehrte Frau Baumann,

anbei meine Antworten. Bild erfolgt gesondert.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Gerntke

- Was halten Sie von der Forderung „Schutzzone von 150m um Schwangerschaftsberatungsstellen“? Viel. Frauen, die eine Beratung aufsuchen, befinden sich in einer unglaublich belastenden und verwundbaren Situation. Sie müssen daher besonders geschützt werden.

- Werden Sie sich für deren Umsetzung einsetzen? Wenn ja, was werden Sie konkret tun? Ja. Das Landtagswahlprogramm der LINKEN sieht einen „leichten“ Zugang zu Schwangerenkonfliktberatung vor. Das bedeutet auch, den Zugang zur Beratungsstelle nicht zu behindern. DIE LINKE im Römer hat einen Antrag für eine Schutzzone unterstützt. Eine Ergänzung des hessischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz wäre ein möglicher gesetzlicher Weg. So dürften im Umkreis von 150 Meter keine Versammlungen oder sonstige Gehsteigbelästigungen stattfinden, die den Zugang zur Beratungsstelle beeinträchtigen. Außerdem möchten wir die bisherigen Beratungsangebote durch mehr Mittel ausweiten

- Wie wollen Sie ansonsten den unbehelligten Zugang zu Schwangerschaftsberatungsstellen sicherstellen? Das Problem liegt viel tiefer: Der Schwangerschaftsabbruch wird immer noch als Straftatbestand behandelt. Frauen und Ärzt*innen werden immer noch kriminalisiert. Fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen verstärken ihre Kampagne gegen Beratungsstellen, schüchtern Mediziner*innen, die Abtreibungen durchführen, mit Hilfe des Strafrechts ein. Immer weniger Kliniken und Praxen führen Abbrüche durch, in manchen Landstrichen ist es kaum möglich, Hilfe bei ungewollter Schwangerschaft zu finden. Und selbst im Medizinstudium wird nicht regelhaft unterrichtet, wie eine Abtreibung durchgeführt wird. Darum bleibt es dabei: Nein zum § 218! Die Entscheidung über Schwangerschaftsabbrüche muss allein bei der Frau liegen. Nur sie hat das Recht, über ihren Körper selbst zu entscheiden. Notwendig ist eine freiwillige, qualifizierte und ergebnisoffene Beratung, um Frauen bei einer der schwersten Entscheidungen zu unterstützen. Grundsätzlich müssen die politischen, gesellschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass Frauen frei und selbst entscheiden können, ob, wann und wie oft sie Mutter werden möchten.